Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3371

17. 11. 88

Sachgebiet 63

Änderungsantrag

der Abgeordneten Frau Vennegerts, Dr. Daniels (Regensburg), Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
— Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3216, 11/3231 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Kapitel 16 07 – Bundesamt für Strahlenschutz – wird ersatzlos gestrichen.

Bonn, den 17. November 1988

Dr. Daniels (Regensburg)
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Im geplanten Bundesamt für Strahlenschutz sollen alle staatlichen und halbstaatlichen Institutionen untergebracht werden, die sich mit Reaktorsicherheit, Strahlenschutz, Transportgenehmigungen und Entsorgung befassen. Dies führt zu einer Zentralisierung aller relevanten Entscheidungen unter einem Dach und unter einheitlicher Regie, die zu einer noch größeren Desinformationspolitik und Geheimniskrämerei führen. Das Bundesamt wird zu einer weiteren Manifestierung des Atomenergiekurses führen, was angesichts der Risiken dieser Technologie nicht weiter zu verantworten ist. Ziel der Politik muß es sein, den Ausstieg aus der Atomenergie beschleunigt durchzuführen und die Öffentlichkeit umgehend und umfassend über die Risiken der Atomtechnologie zu informieren. Das Bundesamt steht im krassen Widerspruch zu dieser Aufgabe der Politik.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333